

Auswanderung geleitet werden soll, wenn noch nicht sicher zu sein. Die Regierung beschäftigt, was ich erwähnte, große Länder in Mexiko anzufragen, um den ersten Auswandererstrom dorthin zu lenken. Verhandlungen über den Verkauf dieser Länder sollen nicht in die Wege geleitet werden. Es ist kaum Ergebnis führen und ob Mexiko die vielen Deutschen aufnehmen will, ist noch unklar.

Die Kontrolle über Deutschland.

Die Entente-Kontrollkommission für Deutschland nehmen am 15. August ihre Tätigkeit in Deutschland auf. In Berlin wird allein von französischer Seite die meisten Kontrollkommissionen geleitet, deren Beginn am 15. August erfolgen soll, und denen eine Villa im Tiergartenviertel für die französische Mission bestimmt ist.

Bekämpfung der Ratifizationsfrist bis September.

Eine Spasodepêche meldet: Die Alliierten haben die Frist zur Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland in den Parlamenten der alliierten Staaten bis zum 1. September verlängert. Acht Tage nach der letzten Ratifikation werden die alliierten Truppen diejenigen deutschen Gebiete besetzen, in denen Volksabstimmungen über die Staatszugehörigkeit durchgeführt werden sollen.

Die diplomatischen Beziehungen.

Saa, 16. Juli. (Eig. Drahtber.) Aus Paris wird gemeldet: Der oberste Alliiertenrat hat die Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland sämtlichen Alliierten überlassen und seine weiteren Bestimmungen darüber getroffen. Japan, China und Brasilien haben förmliche Bekundungen nach der Ratifizierung, mit Deutschland auf. Es wird nur eine Kontrolle einseitiger deutscher Personen ausgeübt, lediglich im den Volkswirtschaften ferngehalten.

Englische Propaganda im Ausland.

Neuer meldet aus London: Im englischen Unterhaus wurde gestern eine Mitteilung über die englische Propaganda im Ausland. Die Regierung beschäftigt die Entsendung von Agenten nach den wichtigsten Ländern, u. a. auch nach Holland und Skandinavien. Die Aufgabe dieser Agenten soll darin bestehen, über die öffentliche Meinung im Ausland Bericht zu erstatten und Anweisungen zur Unterdrückung feindlicher Einflüsse zu geben.

Nachträgliche Konzessionen Frankreichs?

„Echo de Paris“ meldet: Infolge des Beschlusses des Nationalrates der sozialdemokratischen Partei Frankreichs, gegen den Friedensvertrag zu stimmen, ist die förmliche parlamentarische Durchführung der Ratifizierung ernstlich gefährdet. Es ist die Möglichkeit gegeben, daß die Ratifizierung nur dadurch zustande kommt, daß die Regierung noch nachträgliche Konzessionen zu machen sich bereit erklärt. ... Amnestie steht die Stellungnahme der sozialdemokratischen Deputierten der Kammer noch aus. Die parlamentarische Lage ist ungewißhaft über Nacht sehr kritisch geworden.

Die Schiffslieferung an die Entente.

Hamburg, 16. Juli. Nach den Bestimmungen der Rüstungsstillstandskommission hat bisher von den Hamburger Werften kein Schiff für die Entente zur U-Befliegung gekommen. Hieron auszufallen auf die Hamburg-Amerika-Linie 13 Dampfer mit 417 045 Kubikmeter.

Nach aufgehobener Blockade.

Saa, 16. Juli. (Eig. Drahtber.) „Daily News“ meldet: In England liegen für 900 000 000 Schilling Waren der Textilindustrie für Deutschland bereit. Infolge Aufhebung der Blockade sind bereits zahlreiche Schiffe in See getrieben. In holländischen Häfen haben sich am Sonntag 27 Schiffe bereit gemacht, die alle abgehenden sind und Kiel und Hamburg als Ziel haben.

Amerikanische Hilfe für europäische Kinder.

Wie aus Newyork gemeldet wird, wurde die Bildung einer Organisation zwecks Ernährung der Kinder in Europa bekannt gegeben. Es wird das von der amerikanischen Hilfsorganisation begonnene Werk in Europa fortsetzen.

Englische Einfuhr in Deutschland.

Köln, 16. Juli. Die englische Firma Lipton führt angeblich in das besetzte Gebiet für den Export nach Deutschland bestimmte Lebensmittel im Werte von 8 Millionen Pfund Sterling ein, die aus allen englischen Handelsstädten stammen. Die Lebensmittel sollen zum größten Teil nicht den Besatzungen des besetzten Ruhrgebietes entsprechen. In gleicher Weise soll Schweizer Schokolade über England auf den deutschen Markt geschmuggelt werden. Der Präsident der englischen Handelskammer hat die Firma in Köln nicht in enger Verbindung mit einer Köhler Firma Wilmüller. Durch Solms Vermittlung hat diese Firma in Verbindung mit einer Leipziger Firma die Einfuhr englischer Metallwaren in das unbesetzte Gebiet vorbereitet. Es handelt sich hauptsächlich um Feinblechwaren, die zu Breiten abgeleitet werden sollen, denen mittels Industrie Feinblech gewachsen ist. In ähnlicher Weise sollen große Mengen Bekleber zur Einfuhr in das unbesetzte Gebiet bereitgehalten werden.

Französische Militär.

Köln, 16. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Reichs- und Staatsbehörden im besetzten Gebiet des Rheinlandes haben von der Besatzungsbehörde die Weisung erhalten, den Anordnungen des Gouvernements zu folgen und viele Stellen als höchste Instanz anzusehen. Das bedeutet in Wahrheit die Ausübung der Zentralstellen des französischen Staats. Hierin verleiht die Eingangs in die deutsche Staatsmacht kein selbständiges nicht gebildet werden, weshalb man eine Einmischung der Regierung erwartet.

Die neue „Saxofals“.

Saarbrücken, 16. Juli. Die an der Saar neuangelegten Vorkampfe, die 15 Jahre lang unter französischer Oberhoheit standen, erhalten die Benennung „Saxofals“. Damit wird die Art der Zusammenlegung ihrer Landkreise treffend bezeichnet. Einmalig unter den allen französischen Gebieten an der Saar, ebenfalls die angrenzenden benachbarten Gebiete der Rheinpfalz. Die bisherigen Namen Saarbrücken und Saarlouis kommen in Wegfall.

Die große und beliebte Gasthaus in Esslingen, das alle Wälder umgibt, ist für einen Monat an eine Pariser Firma übernommen, welche dort eine Filiale errichtet. Viele Pariser Großhändler und andere bedeutende französische Industriehäuser haben Niederlassungen in Saarbrücken gegründet.

Portens Republik.

Aus Wiesbaden wird gemeldet: Die sogenannte Portensche Regierung verdrängt neuerdings Flüchtlinge, in denen es heißt: Wir sind Deutsche? Wir sind keine Deutschen, wir sind Rheinländer! Alle Brüder am Rhein müssen zusammenkommen. Weg deshalb mit dem preussischen Jantzen und Altkameradschaft, mit Jantzen und Altkameradschaft und Altkameradschaft! Über hat sich die Junta-Bewegung vom 18. November 1918, denen Amt hier als (Ere) (I) war. Wir wollen aus den Trümmern des alten Reiches ein neues gesundes Deutsches Reich schaffen lassen. Die Rheinische Republik will die Lasten des Reiches mit allen deutschen Vätern gemeinsam tragen. Ein solches Reichland wird als Bundesstaat dem neuerrichteten deutschen Staat die erste Hilfe bringen.

Das nassauische Zentrum für die Rheinrepublik.

Wiesbaden, 16. Juli. Die Rheinische Volkszeitung, der sog. Staatsanzeiger der Republik des Rheinlandes, gibt folgendes bekannt: Der Vorstand der nassauischen Zentrumspartei stellt unerschrocken auf dem Boden der Rheinischen Republik und hält eine Verfassungskonferenz für dringend notwendig. Der Vorstand hält deshalb ein Zusammenarbeiten der rheinischen und der nassauischen Zentrumspartei in Fragen der Rheinischen Republik für unerlässlich und demnach möglich seinen Vorhaben zu gemeinsamen Vorgehen.

Die Reichsregierung gegen die Loslösung Birkenfelds.

M. L. B. schreibt: Von maßgebender Seite mitgeteilt wird, soll morgen in Birkenfeld der Landesauschuss, der unter dem Druck der Alliiertenmacht gewählt wurde, nicht einmündig. Auf der Tagesordnung steht die Loslösung von Ebernburg. Der Reichsregierung ist bekannt, daß sich hinter diesen Loslösungswunsch wesentlich andere als offizielle zu verzelebende Bestrebungen bergen, die auf einen Anschlag an das unter Verwaltung des Reiches stehende Saargebiet hincelen. Da diese Bestrebungen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag verstoßen, legt die Reichsregierung im Verein mit der oberbayerischen Regierung förmliche Verordnungen gegen sie ein. Sie wird gegen die Loslösungsvorhaben, der sich aus irgend welchen Gründen immer daran beteiligt oder sie zugeht.

Die Schweiz als Rheinversteher.

Bern, 16. Juli. Die niederländische Gesandtschaft überreichte dem schweizerischen politischen Departement eine Note, in der ausdrücklich die Erklärung abgegeben wird, daß die niederländische Regierung die Schweiz als Neutralität des Rheines mit den damit verbundenen Rechten und Vorbehalten anerkenne. Nachdem die alliierten Staaten sowie Deutschland durch Annahme der Artikel 354 und 356 des Versailler Vertrages der Schweiz förmliche Vorteile eingeräumt haben, sind deren Ansprüche auf den Rhein mit der Erklärung der holländischen Regierung ernstlich anerkannt.

Die Beurteilung des Kaisers befehlen.

Lloyd George lehnt die Interventionen ab.

Die „Times“ melden aus London: Lloyd George hat in bestimmter Form die Interventionen hoher Persönlichkeiten in Sachen der Beurteilung Wilhelms II. abgelehnt. Die Liberalen haben ihre Anfrage im Unterhaus zurückgezogen. Das Schicksal des Kaisers sei unentschieden bis zum Herbst in London.

Im französischen Kammerauschuss leitete Mramon am Montag offiziell mit, daß die Alliierten die Bestrafung Wilhelms II. und der schuldigen deutschen Generale beschlossen haben.

Das Bestehen des Kaiserpaars.

Die englischen Morgenblätter bestätigen die Entkräftung des Kaiserpaars. Die Kaiserin soll ernstlich an jenem Abend erkrankt sein, das sie schon mehrfach zu längerem Aufenthalt in Bad Homburg gezwungen habe. Bekanntlich hatte die Kaiserin damals einen Schlaganfall erlitten. Der Kaiser soll neuerdings zuwidergebrochen und Fortschritt erweist sein. Der behandelnde Arzt hält das Bestehen des Kaiserpaars für nicht ausgeschlossen.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Deutschen Nationalversammlung wurde die Beratung über den Verfassungsentwurf fortgesetzt. Es liegt ein Antrag Auer (Soo.) und Gen. vor auf Einfügung eines Artikels 113a, der, ebenso wie ein Antrag Agnes (U. S.) und Gen. zum Artikel 113 bestimmt:

Die Todesstrafe ist abzuschaffen.

Abg. Einzheimer (Dp.) begründet den Antrag dahin, daß es Aufgabe des Staates sei, die Milderung des Menschenlebens zu betreiben. Regierungskommissar Dr. Preuß erklärt, daß über die Todesstrafe bei der unbedingt notwendigen Reform des Strafrechts entschieden werden müsse. Man dürfe der Spezialgesetzgebung nicht vorzuziehen und nur in diesem Sinn habe er für die Abänderung des Artikels ein. In der Zwischenzeit seien die Abg. Dinginger (Dp.), Dr. Kohl (D. Sp.) und Dr. Koch (Dp.) für die Beibehaltung der Todesstrafe in der gegenwärtigen Zeit ein. Letzterer betont, daß gerade die Zeit der Revolution, die geräulich mit Menschenleben umgegangen ist, der ungeschickliche Zeitpunkt sei, die Todesstrafe abzuschaffen. Die Sprecher der Demokratischen Sozialdemokraten und Unabhängigen bekennen sich dagegen als Anhänger der Abschaffung der Todesstrafe. Der sozialdemokratische Antrag wird hierauf in namenhafter Abstimmung bei zwei Stimmhaltungen mit 184 gegen 129 Stimmen abgelehnt. Artikel 117 spricht das:

Recht der freien Meinungsäußerung

aus und bestimmt dann weiter: Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Mitglieder durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Befreiung der Schaubühnen und Schaubühnen, sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaulustspielen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig. Ein Antrag Nasse (Dem.) und Gen. will die Möglichkeit einer Zensur beseitigen. Ein Antrag Agnes (U. S.) und Gen. will gleichfalls die Möglichkeit einer Zensur aufgehoben werden. In der Zwischenzeit sind die Abg. Koenen (U. S.) und Gen. durch den Antrag Agnes zumitern. Als Präsident kehren auch die Bestimmung entschieden zugunsten der Abg. Oberholzer (Dp.) dem Abg. Koenen einen Vorschlag von Verständnis und Legal abzugeben, wenn er die Zensur der Mitglieder für verbotlich erklärt, werfen die Unabhängigen dem Präsidenten vor, er solle es ihrer Partei gegenüber annehmen. In der Zwischenzeit sind die Abg. Koenen (U. S.) und Gen. durch den Antrag Oberholzer nicht ebenfalls gerügt habe. Unter dem Vorsitz von einem großen Teil des Hauses verlor sich Präsident Preuß

gegen seine Anträge. Der Abg. Dr. Cohn behauptet weiter, bei der Besetzung des Reichspräsidenten, das aus dem Fonds des Reichspräsidenten

einer Art Korruptionsfonds

bestritten werde und das dazu dienende, die Finanzverhältnisse der Reichspräsidenten zu verbessern. Die Reichspräsidenten sollen die Möglichkeit haben, die Reichspräsidenten zu wählen. Der Reichspräsident vertritt für einen Kapitalisationsfonds von 500 000 Mt. Selbst der Abg. Cohn muß zugeben, daß er davon nicht die Filialindustrie unterstützen kann. Aus dem Hilfsleistungsfonds der Reichspräsidenten wird lediglich eine Informationsliste für die Reichspräsidenten, die monatlich 400 Mt. kostet. Der Artikel 117 wird jedoch nicht abgelehnt, sondern in demselben Abänderungsanträge in der Sitzung des Entwurfs angenommen.

Ein Zwischenfall

entsteht, als plötzlich ein Besucher des dritten Kluges ein großes Rohr in den Saal wirft. Es entzündet große Brande, die sich nur langsam ausbreiten.

Das Gemischtsachen

behandelt, stellt Artikel 118 die Ehe als Grundfrage der deutschen Familienpolitik unter dem Schutze der Verfassung. Abg. Dr. Kupp (Dem.) beantragt eine Fassung, in der die „Grundlage des deutschen Familienlebens“ weggelassen wird, und außerdem, daß der Vaterliche Anspruch auf den Schutz des Staates gegeben wird. Eine ähnliche Fassung beantragen ferner auch die Sozialdemokraten, die den ungeschicklichen Kindern das gleiche Recht auf Erbschaft, Erziehung und Erbe am Vater zu übertragen wollen, was der Reichspräsident. Abg. Dr. Kupp (Dem.) beantragt als Zusatz zu Artikel 119: Den ungeschicklichen Kindern soll durch Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, geistliche und gesellschaftliche Entfaltung zu verschaffen, wie den geschicklichen Kindern. Die Abg. Frau Juch und Gen. (U. S.) beantragen: Das ungeschickliche Kind möge den Namen des Vaters und nicht dem geschicklichen Rinde ableiten. Die ungeschicklichen Rinder, die in amtlichen Verzeichnissen als „Rind“ bezeichnet zu werden. Entschieden liegt noch eine Entschiedenheit des Ausschusses vor, die Regierung möge einen Entwurf vorlegen, der die rechtliche und soziale Stellung des ungeschicklichen Kindes in gerechter Weise regelt. Ein vom Antrag (Abg. Frauen und Gen.) geleiteter Antrag geht dahin, daß in einem folgenden Artikel 118a bestimmt wird: Die Vaterliche Gesetzgebung und die Rechte der Geschicklichen. Den ungeschicklichen Kindern sind durch die Gesetzgebung gleiche Bedingungen für ihre leibliche, geistliche und gesellschaftliche Entfaltung zu schaffen. Nach längerer Debatte wird die Besprechung geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag: Verfassungsentwurf.

Preussische Landesversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung wurde zunächst gemäß dem Vorschlag des Verfassungskomitees eine Beschränkung der Rechte der Reichspräsidenten. In der anschließenden Beratung der Resolution zum Warenhaushalt wurde jedoch in einem folgenden Artikel 118a bestimmt wird: Die Vaterliche Gesetzgebung und die Rechte der Geschicklichen. Den ungeschicklichen Kindern sind durch die Gesetzgebung gleiche Bedingungen für ihre leibliche, geistliche und gesellschaftliche Entfaltung zu schaffen. Nach längerer Debatte wird die Besprechung geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag: Verfassungsentwurf.

Verwalter der Provinzialverbände.

Nach Paragraph 1 sind die Verwalter aufzustellen und bis zum 1. September 1919 neu zu wählen. Die Verträge sind in zweiter Lesung angenommen und gegen die Stimmen der Unabhängigen auch in dritter Lesung. In zweiter und dritter Lesung angenommen wird ferner der Entwurf zur Aufhebung und Neubildung der Provinzialverbände. Die Provinzialverbände sind durch die Landesregierung des Entwurfs zur Erreichung der Selbstverwaltung der Provinzialverbände. Auf Antrag Kallin (Dp.) geht die Debatte nach kurzer Debatte an einen Ausschuss von 27 Mitgliedern. Es folgen förmliche Anfragen über die

Gründung einer großhessischen Republik.

Abg. Dr. Woldemar (D. Sp.) Es geht hier auf die Sache bezüglich Unterredung hatte, und er hierbei von den gewigten französischen Diplomaten, Bergmann (Dp.) Die preussische Bevölkerung in den Gebieten, welche nach der Großhessen übergeben, ist nicht weniger als 600 000. Die „Borner“ behauptete, daß die Regierung wisse von den Schritten Ulrichs und billige sie. Demokratische Mitglieder und Abgeordnete sind auch für eine rheinische oder westdeutsche Republik eingetreten. Die Schritte Ulrichs stehen mit den Interessen Deutschlands im Widerspruch.

Ministerpräsident Sirch.

In Juli hat eine Unterredung stattgefunden zwischen dem General Weyler und dem Ministerpräsidenten Ulrich aus dem heillosen Zustimmungen über lokale Fragen. Hier ist die Frage der rheinischen Republik zur Sprache gekommen, gegen die Ulrich seine Stellung nahm. Dabei wurde aber nicht der Plan eines großhessischen Reiches erwähnt. Man glaubte wohl, daß für diesen Plan die Unterstützung der französischen Besatzungstruppen gewünscht würde. Die beiden Minister erklärten jedoch, daß ihnen eine solche Unterstützung gegeben habe. Die preussische Regierung hält eine Unterredung von preussischen Gesandten für den Schutz des Reiches für gefährlich. Wie verzeihen der deutschen Stimmung unter französischer Besatzung, daß sie den französischen Leistungen nicht folgen werden. Abänderung von Preußen kann zur Aufhebung von Reiches werden.

Abg. Dr. Aule (D. Sp.): Man sucht insbesondere im Westen für die Koalition zu wirken. Die Lage ist sehr ernst. In dem Vorhaben des heillosen Ministerpräsidenten müssen wir arbeiten einen förmlichen Akt gegen Preußen erklären. Abg. Bergmann (Dp.): Das Zentrum hat offiziell von Weisungen zur Befreiung der Rheinlande gewartet, weil sie die Gefahr sozialer Unruhen und Bürgerkriege in sich bergen. Und im Zentrum hat die Zahl der Anhänger des Einheitsstaates ständig zugenommen. Wie geht es hierin. Ein Schlußantrag wird angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag: Ein Abg. Koenen (U. S.) und Gen. voranständig wird am Donnerstag auch noch eine Abänderung stattfinden.

Großhessingen.

In der am 14. und 15. Juli in Weimar abgehaltenen ersten Tagung des neu gebildeten Staatsrates von Großhessen wurde nach dem Bericht, daß die bisherige Verfassung nicht mehr in Geltung war, jedoch als möglich eine Vereinigung aller hessischer Staaten unter Einbeziehung größerer preussischer Gebiete (I) herbeizuführen. Mit Preußen sind bereits die entsprechenden Schritte eingeleitet. Es handelt sich ab Preußen dem Plane eines Großhessingens und der Bildung einer Großhessischen Republik. Die Verhandlungen sind bis heute noch im Gange. Es wurde ein Arbeitsausschuss für die Beratungen für den Zusammenbau gebildet. Sobald die Beratungen erledigt sind, wird der Thüringer Volksrat einberufen. Die für die Einberufung ursprünglich in Aussicht genommene Frist zum 15. August wird allerdings angesichts der zu bewerkstellenden umfangreichen Beratungen und der zwar zu erzielenden Verhandlungen mit Preußen nicht eingehalten sein. Den Vorsitz bei den Ber-

